

Pressemitteilung

23. Juni 2017

INSM-Vorschlag zur Steuersenkung

Die SPD will nur manche entlasten, die INSM alle

Berlin – Wer mehr verdient, zahlt auch mehr Steuern. Dieser bisher unumstrittene Grundsatz des deutschen Steuersystems sorgt derzeit für stetig steigende Steuereinnahmen, da die oberen Einkommensgruppen den Löwenanteil des Einkommensteueraufkommens zahlen. Wer progressiv belastet, also höhere Einkommen stärker besteuert als niedrigere, muss aber auch nach der gleichen Logik entlasten. Steuererleichterungen müssen daher für alle und vor allem für alle gleichermaßen gelten. Die SPD bringt mit ihrem aktuellen Steuerkonzept die Logik des progressiven Steuersystems in unnötige Gefahr, da sie nicht alle Steuerzahler gleich behandeln will. Das ist ungerecht und wird von der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** deutlich kritisiert.

Die INSM fordert:

Der Solidaritätszuschlag muss ab 2019 für alle abgeschafft werden. Die Pläne der SPD, dass Einkommen über 52.000 Euro pro Jahr weiterhin den Solidaritätszuschlag zahlen müssen, sind willkürlich und ungerecht.

Der Spitzensteuersatz soll unverändert 42 Prozent betragen. Eine Steuererhöhung ist auf absehbare Zeit nicht erforderlich. Steuererhöhungen „auf Vorrat“ sind ungerecht und verleiten höchstens zu unnötigen Ausgabensteigerungen.

Die Tarifgrenzen der unteren und oberen Progressionszone müssen um jeweils 5000 Euro verschoben und dadurch der sogenannte Mittelstandsbauch abgeflacht werden. Mehr als 24 Prozent Steuern sollen künftig erst ab 18.997 Euro zu zahlen sein, statt ab 13.997 Euro. Der Spitzensteuersatz würde dann erst ab 59.950 Euro fällig, statt bei 54.950 Euro.

Der Vorschlag der SPD, den Spitzensteuersatz auf den bisherigen Reichensteuersatz von 45 Prozent anzuheben, ist abzulehnen. Bisher mussten nur Spitzenverdiener mehr als 42 Prozent zahlen, die SPD will künftig schon ab 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen mehr als 42 Prozent und ab 76.200 Euro 45 Prozent Steuern verlangen. Das belastet nicht nur die gutverdienende Mittelschicht, sondern vor allem die überwiegende Zahl kleiner- und mittlerer Unternehmen und gefährdet somit Arbeitsplätze.

Dazu **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM: „Die SPD will den Soli schneller abschaffen als die Union. Das ist gut und lobenswert. Nur leider will die SPD den Soli zunächst nur für manche abschaffen. Das ist ungerecht und kritikwürdig. Das deutsche Steuerrecht ist schon heute kompliziert und von zahllosen oft willkürlich anmutenden Ausnahmen durchzogen. Der Versuch der SPD, selektiv einzelne Steuerzahler zu bevorzugen und dafür andere stärker zu belasten, macht das Ganze noch schlimmer. Und das völlig unnötig, da eine einfachere und gerechtere Lösung finanzierbar ist und von der INSM bereits vorgelegt wurde: Für alle die Steuern senken und den Soli spätestens ab 2019 für alle abschaffen. Gerecht geht eben nur mit Marktwirtschaft.“

Eine Vergleich des INSM-Steuerkonzepts mit den Vorschlägen der SPD für eine Steuerreform finden Sie in unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.